

Rems-
Zeitung

22. April
2010

„Lebensfreude statt Atomkraft“

Parteiübergreifendes Bündnis macht sich am Samstag, 24. April, bei einer Kundgebung für regenerative Energien stark

Ein parteiübergreifendes Bündnis wird sich am Samstag, 24. April, von 11 bis 11.30 Uhr vor dem Gmünder Rathaus für die Beibehaltung des Ausstiegs aus der Atomkraft stark machen. Mit einer Kundgebung will man für „Lebensfreude statt Atomkraft“ werben. Alle, denen dieses Ziel wichtig ist, sind zum Mitmachen eingeladen.

VON GEROLD BAUER

SCHWÄBISCH GMÜND. Jene drei Parteien, die derzeit auf Bundesebene in der Opposition sitzen, wollen den Plänen der schwarz-gelben Regierung entgegentreten und einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke verhindern. „Der Konflikt um den Atomausstieg spitzt sich momentan zu. Wir stehen am Scheideweg, ob wir weiterhin in der Energiepolitik auf die atomare Dinosaurier-Technologie setzen oder klar die regenerativen Energien forcieren“, fasste Sebastian Fritz von den „Linken“ zusammen, was seine Partei sowie die SPD und die Grünen zu diesem Aktionstag bewegt hat. Auch der DGB, die Mutlanger Friedens- und Begegnungsstätte sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) werden sich an dieser Aktion beteiligen.

Alle, die am Samstag zur Kundgebung kommen (das Aktionsbündnis hofft auf möglichst viele Bürger), sollten etwas Gelbes anziehen - in Anspielung auf das traditionelle „Atomkraft nein Danke“-Emblem. Es wird auf dem oberen Marktplatz einen etwa zehnminütigen Vortrag von Andreas Mooslehner (BUND). Die übrige Zeit soll mit dem Starten von gelben Luftballons, Hüpfspielen für Kinder etc. gestaltet werden. „Getreu dem Motto wollen wir Lebensfreude demonstrieren und all das tun, was wir nach einer Reaktorkatastrophe nicht mehr tun könnten“, so SPD-Stadträtin Daniela Maschka-Dengler. „Die Gefahren sind insbesondere bei den alten Anlagen sehr groß. Deshalb wollen wir raus aus einer unfallträchtigen Technik, bei der die Entsorgung von hochgiftigem

Müll noch immer ein ungelöstes Problem ist“, ergänzt Linken-Politiker Fritz.

Daniela Maschka-Dengler will nicht nur ein Festhalten am Atomausstieg, sondern eine grundsätzlich andere Energiepolitik - „und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt!“. Aufgrund der vielen Arbeitsplätze seien erneuerbare Energien ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. „Ein Verschieben des Atomausstiegs hätte zur Folge, dass wir unseren technologischen Vorsprung im Bereich der Nutzung regenerativer Energien einbüßen und das Feld anderen überlassen würden“, befürchtet die Sozialdemokratin.

Die Atomenergie sei längst nicht so wirtschaftlich, wie ihre Befürworter glauben machen wollen, fügt Brigitte Schoder (SPD) hinzu. „Das maßgebliche Problem ist nämlich der Atom Müll. Und wenn die Konzerne die Entsorgung selbst bezahlen müssten, wäre die Atomenergie gegenüber den erneuerbaren Energien nicht mehr konkurrenzfähig“, so die Kommunalpolitikerin. Derzeit sei es aber so, dass die Konzerne zwar den Gewinn machen, die Entsorgungskosten jedoch der Allgemeinheit aufbürden.

Alexander Schenk (Kreisvorsitzender der Grünen) hob darauf ab, dass Atomkraft nicht sicher sei und man über zehntausende von Jahren hochgiftigen Müll deponieren müsse. Es sei auch ein großer Irrtum, wenn man glaube, die Atomenergie mache Deutschland von Erdöllieferanten aus dem Nahen Osten unabhängig. „Um Atomstrom zu erzeugen, braucht man Uran - und dies muss genau wie Öl importiert werden“, betont Schenk. „Zudem: Wenn alle derzeit betriebenen Kernkraftwerke weiterhin laufen würden, wären die weltweiten Uranvorkommen in 40 Jahren aufgebraucht. Dann wäre es mit dem Atomstrom sowieso vorbei!“.

Die rot-grüne Regierung habe gezeigt, dass die Förderung der erneuerbaren Energie politisch machbar ist. Von nur zwei Prozent sei der Anteil regenerativer Energien auf inzwischen 17 Prozent des gesamten Verbrauchs gestiegen. Und eine Verdopplung sei erwünscht. Dass sie die Gmünder Stadtwerke für ein Verschieben des Atomausstiegs ausgesprochen haben, kritisierte Schenk vehement. BUND-Re-



Andreas Mooslehner, Daniela Maschka-Dengler, Brigitte Schoder, Volker Nick, Sebastian Fritz und Alexander Schenk sagen mit Nachdruck: „Atomkraft? Nein Danke!“.

Foto: gbr

gionalgeschäftsführer Andreas Mooslehner bedauerte, dass die Gmünder Stadtwerke es verschlafen haben, im großen Stil auf die Nutzung erneuerbarer Energien zu setzen. Es sei weder in Windkraftanlagen noch in Biogas investiert worden. „Hier wird ein großes regionales Wertschöpfungspotenzial verschenkt. Und nur ein Prozent des Stroms, der von den Gmünder Stadtwerken verkauft wird, stammt aus regenerativen Energien“, kritisierte er. Mooslehner machte auch darauf aufmerksam, dass Gmünd nur gut 50 Kilometer von zwei Kernkraftwerken entfernt sei; mithin wäre bei einem Unfall die Bevölkerung des Gmünder Raums massiv betroffen. Es existiere daher ein entsprechender Katastrophenschutzplan, doch es werde kaum darüber geredet, um die Leute nicht zu beunruhigen.

Volker Nick von der Friedens- und Begegnungsstätte, engagiert sich seit Jahrzehnten für eine Welt ohne atomare Bedrohung - weder durch Waffen noch durch Störfälle in Kernkraftwerken.

„Überall dort, wo Uran abgebaut wird, werden die Ureinwohner nicht geschützt und deren Heimat wird zerstört“. Dass sich die Gmünder Stadtwerke nun an einem Offshore-Windpark beteiligen wollen, sei im Prinzip gut. Allerdings, so Nick, dürfe man deshalb nicht die Aktivitäten in der eigenen Region vernachlässigen. Zumal es sich bei Investitionen vor Ort um überschaubare Beträge handelt.

Was können wir vor Ort tun?, war dann auch die Frage, die Linken-Politiker Sebastian Fritz beantwortete. Es gehe darum, die Energiekonzerne in ihrer Macht einzuschränken - zum Beispiel durch kommunale Energieverbünde auf regionaler Ebene. „Dort, wo Konzessionsverträge ablaufen, könnten Kommunen selbst die Rolle des Energielieferanten übernehmen und bestimmen, welche Energie in ihr Netz eingespeist wird. Es gibt Beispiele, dass dies funktioniert“, so Fritz. Die Mehrheit der Bevölkerung habe inzwischen nämlich erkannt, dass die Tage des Atomstroms gezählt sind.